
Geleitwort

Cornelia Rogall-Grothe

Wir leben in einer spannenden Zeit: in der Informationsgesellschaft. Eine wesentliche Rolle spielen Daten, Informationen und Wissen – sie sind der neue Treibstoff der Ökonomie. Darüber hinaus ermöglicht die Informations- und Kommunikationstechnik in Form von Geräten, Webanwendungen und Portalen das zeit- und ortsunabhängige Publizieren, das Teilen, das Zusammenarbeiten, das Visualisieren, Speichern und Filtern von Informationen. Und nicht zuletzt haben wir es heute in der Gesellschaft mit einem informationsbewussten und informationsfordernden Menschen zu tun, der mit den digitalen Möglichkeiten aufwächst und sie aktiv nutzt – Social Media eingeschlossen.

Wir wissen um die Bedeutung von sozialen Netzwerken und sozialen Medien. Sie bieten dem Bedürfnis nach freier Entfaltung, Dialog, Transparenz, Ko-Produktion, offenen Wertschöpfungsketten und gemeinsamem Handeln schier endlose Möglichkeiten. Social Media sind eingebettet in das große und komplexe Themenfeld Internet, das Fragen unseres Zusammenlebens neu stellt. Die Menschen in Deutschland erwarten von uns, dass wir darauf Antworten finden.

Unsere primäre Aufgabe ist es deshalb, einen ordnenden und strukturierenden Rahmen für das gesellschaftliche und wirtschaftliche Handeln in der vernetzten Welt zu schaffen. Wir tun das unter Einbindung relevanter Akteure und übernehmen dabei drei Funktionen: eine Freiheits- und Ausgleichsfunktion, eine Schutz- und Gewährleistungsfunktion und eine Angebots- und Innovationsfunktion. Ob Identifikation im virtuellen Raum, Datenkontrolle und Datenschutz, Open Data/ Open Government oder die Aufklärung über Gefahren in Netz: Bei allem was wir tun, orientieren wir uns an den freiheitlichen Grundwerten unserer Gesellschaft. Wir fordern aber auch ein, dass jeder Einzelne digitale Rücksichtnahme lernt und eigenverantwortlich übernimmt. Verantwortung tragen die Diensteanbieter. Sie müssen sich über die Einhaltung des geltenden Rechts hinaus bewusst sein, dass ihre Dienste und Innovationen nicht nur das Internet, sondern auch unsere Gesellschaft verändern. Initiativen wie die vom Bundesminister des Innern angestoßene Erarbeitung eines allgemeinen Kodex für soziale Netzwerke, durch den sich die Branche selbst verpflichtet, zeugen davon, dass sich die Wirtschaft ihrer Verantwortung durchaus bewusst ist.

Insgesamt ist zu sagen: Wir haben uns eine aktiv gestaltete und gestaltende Netzpolitik auf die Fahnen geschrieben, mit dem Ziel, die Freiheiten erschließen und nutzen zu helfen, die das Internet, einschließlich Social Media, bietet. Das ist komplex und ambitioniert und nicht an einem Tag zu erledigen, weil vielfältige Interessen unter einen Hut zu bringen sind und nationale Maßnahmen mit internationalem Recht vereinbar sein müssen.

Kommunikationsplattformen, soziale Netzwerke, webbasierte Dienste sowie ihre Entsprechungen in der internen Kommunikation sind auch aus der Verwaltung nicht mehr wegzudenken. Ressortübergreifende Vorhaben und erst recht die föderalen Projekte arbeiten übergreifend in virtuellen Arbeitsräumen, mit bundesweiten Wissensmanagementsystemen und nutzen, wenn es sinnvoll ist, webbasierte Dienste, YouTube-Kanäle und Facebook-Profile. Es liegt in unserer Hand, diese technischen Möglichkeiten so einzusetzen und so zu nutzen, dass wir unsere Leistungsfähigkeit sowie unsere Prozess- und Ergebnisqualität weiter verbessern: durch Offenlegung relevanter Daten und Informationen, Dialog, Interaktion, Beteiligungsangeboten und Zusammenarbeit. Wir stehen hierbei noch am Anfang. Der Nutzungsgrad von Social Media ist in Ressorts und Behörden unterschiedlich stark ausgeprägt und folgt keinem einheitlichen Verständnis. Um das Potenzial zu verdeutlichen und Berührungsängste abzubauen, helfen klare Regeln zur Nutzung von Social Media im Behördenalltag und zur Identifizierung von Teilnehmern an Blogs, Chats usw. Diese Regeln müssen wir definieren, um möglichen Gefahren, wie der Rufschädigung von Behörden und Mitarbeitern, entgegenzuwirken. Das Projekt Open Government aus dem Regierungsprogramm „Vernetzte und transparente Verwaltung“ wird hierzu Leitlinien für die Bundesverwaltung erarbeiten.

Das Internet ist ein gesamtgesellschaftliches Phänomen. Es führt zu Fragen, die uns alle angehen. In der netzpolitischen Debatte werden Staat und Verwaltung gern kritisiert. Manches davon mag stimmen. Niemand sollte aber so tun, als würde sich in Staat und Verwaltung nichts bewegen. Natürlich verfügen nicht alle über die gleichen Kenntnisse und Fähigkeiten. Aber neue Hohepriester sollte es in der vernetzten Welt nicht geben – das wäre gerade bei Social Media ein Widerspruch in sich. Wir sollten stattdessen einander im Sinne eines Dialogs auf Augenhöhe nach Kräften unterstützen. Das gilt im Verhältnis der Bürger untereinander, aber auch in der Beziehung zwischen Bürger und Staat.

Diesem Ziel dient die vorliegende Publikation. Sie beleuchtet politik- und verwaltungsrelevante Aspekte von Social Media – auch aus internationaler Sicht. Dieser Überblick ist wichtig, denn wissenschaftliche und kommunikationsstrategische Expertise, Erfahrungsaustausch und das Lernen von anderen helfen uns in vielen Fällen dabei, unsere Aufgaben schneller, fundierter und nachhaltiger zu erfüllen.

*Cornelia Rogall-Grothe
Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern und
Beauftragte der Bundesregierung für Informationstechnik*